

Die Aussprache über die Kriegsgewinnsteuer.

✚ Düsseldorf, 20. Jan. (Telegr.) Heute fand hier eine gemeinsame Sitzung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Rheinlands und Westfalens und der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zur Beratung über die Kriegsgewinnsteuer statt. Den Vorsitz führte Geheimrat Beukenberg. Abgeordneter Dr. Beumer legte in eingehendem Vortrag dar, daß das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne nicht zu trennen sei von der neuen Einkommensteuervorlage in Preußen. Selbstverständlich sei auch die Industrie bereit, alles zu tragen, was Reich und Staat wirklich nötig habe. Aber unter Umständen fände eine Häufung der Steuer auf die einzelnen Steuerträger statt, die eine Überspannung darstelle und die Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens nach dem Kriege, die Deckung des Rohstoffbedarfs, die Wiederaufnahme der Ausfuhr usw. aufs schwerste gefährde. Eingehend sei daher zu prüfen, ob für Preußen im jetzigen Augenblick überhaupt eine Notwendigkeit für eine derartige Steuererhöhung vorliege, und ob beide Steuern ohne jede Gefährdung der wirtschaftlichen Entwicklung erträglich seien. Zu diesem Zwecke sei eine tunlichst baldige Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die Einzelgestaltung der Kriegsgewinnsteuer dringend notwendig. Die umfassende anschließende Erörterung ergab völlige Übereinstimmung mit dem Redner. Einstimmig wurde beschlossen, zunächst in der am 22. Januar in Berlin stattfindenden Sitzung der Steuerkommission des Kriegsausschusses der deutschen Industrie die Stellung der westdeutschen Industrie durch den Redner in diesem Sinne darlegen zu lassen. [Vergl. auch den Artikel in Nr. 70 der Kölnischen Zeitung.]